GENDER OPEN REPOSITORIUM

#aufschrei als Gegenöffentlichkeit - eine feministische Intervention in den Alltagssexismus? :

Drüeke, Ricarda; Zobl, Elke

2013

https://doi.org/10.25595/1853

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Drüeke, Ricarda; Zobl, Elke: *#aufschrei als Gegenöffentlichkeit - eine feministische Intervention in den Alltagssexismus? :* , in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 22 (2013) Nr: 2, 125-128. DOI: https://doi.org/10.25595/1853.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

#aufschrei als Gegenöffentlichkeit – eine feministische Intervention in den Alltagssexismus?

RICARDA DRÜEKE. ELKE ZOBL

„wir sollten diese erfahrungen unter einem hashtag sammeln. ich schlage #aufschrei vor" – mit diesem Tweet initiierte Anne Wizorek gemeinsam mit Nicole von Horst am 24.1.2013 die Debatte um Alltagssexismus, ausgelöst durch den Sexismusvorwurf einer Journalistin im *Stern* an den Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Rainer Brüderle. Die Twittergemeinschaft wurde aufgefordert, Erlebnisse rund um das Thema Sexismus zu sammeln und zu teilen. Der Hashtag #aufschrei verbreitete sich rasant, und die Debatte wird auch ein halbes Jahr nach Beginn noch intensiv im Netz geführt. Mittlerweile hat #aufschrei den Grimme Online-Preis erhalten. In der Preisverleihung wurde ihm eine Wirkung zugesprochen, die „zuvor noch kein Hashtag in Deutschland hatte" (vgl. Der Standard.at 24.6.2013). Der Hashtag #aufschrei und seine Kommentare fanden ihren medialen Widerhall in traditionellen Massenmedien, wie den Tageszeitungen und dem Fernsehen, die die Aktion ebenfalls breit diskutierten. Doch wie lässt sich diese Protestform einordnen? Kann sich über Twitter eine feministische Gegenöffentlichkeit bilden? Im Beitrag stellen wir – unter Bezugnahme auf das Konzept der Gegenöffentlichkeit – dar, wie sich durch neue Medien solche Gegenöffentlichkeiten formieren und welche Möglichkeiten und Grenzen diese Formen der Partizipation und des Protests beinhalten. Öffentlichkeit bezeichnet Nancy Fraser (2001) als ein diskursives Forum zur Inszenierung von Konflikten, das aus verschiedenen (Teil-)Öffentlichkeiten besteht. Durch Gegenöffentlichkeiten werden marginalisierte Gruppen gestärkt, da auch nicht verbandsförmig organisierte oder institutionalisierte Gruppen Diskurse in verschiedenen Öffentlichkeiten einbringen können. Protestbewegungen können so in die politische Debatte eingreifen. Das Internet wird dabei zunehmend als Kommunikationsmedium und Mobilisierungsinstrument genutzt und ist darüber hinaus teilweise selbst der Ort des Protestes (vgl. Harders 2005). Gegenöffentlichkeiten im Internet können so die „Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit gewinnen" (Winker 2005, 4). Als eine aktuelle Protestbewegung im Internet kann der Hashtag #aufschrei in der Mikroblogging-Anwendung Twitter gelten. #aufschrei greift eine Thematik auf, die in der hegemonialen Öffentlichkeit nur eine geringe Rolle spielt, und bietet damit weitere Positionierungen in der Debatte um Sexismus an. #aufschrei war und ist eine der erfolgreichsten Twittermeldungen des Jahres 2013. Bis Ende Mai 2013 wurde

der Aufforderung, über alltäglichen Sexismus zu berichten, in 166.333 Tweets nachgekommen. Allein am Tag nach dem Start der Meldung wurden 38.387 Tweets veröffentlicht. Zwar flaute die Zahl der Tweets in den nächsten Monaten ab, doch verging bis August 2013 kein Tag, an dem nicht mindestens 38 Tweets folgten.[1] Das enorme Interesse an der Thematik ist also unbestritten und es gelingt so, das Thema des Sexismus und der sexuellen Belästigung im Alltag auf die politische Agenda zu bringen. Die Schilderungen sexistischer Erlebnisse der einzelnen UserInnen zeigen die Bandbreite sexueller Belästigung auf: Der Chef, der anzügliche Bemerkungen macht; Anmachsprüche in Clubs und an Bushaltestellen; Professoren und Lehrer, die ihr veraltetes Frauenbild kundtun, etc. Deutlich wird, dass Sexismus im Alltag vieler Frauen vorhanden ist und in den unterschiedlichsten Lebens- und Arbeitsbereichen eine Rolle spielt. Neben unterstützenden Statements sowie weiterführenden Informationen und Nachrichten zum Thema Sexismus wird die Protestbewegung auch kritisch kommentiert. Vermehrt finden sich zynische, ablehnende und antifeministische Kommentare. Auf Platz sieben der häufigsten Antworten, also der Retweets, liegt der sexistische Spruch: „Meine Frau wollte auch etwas zu #aufschrei twittern. Das W-Lan reicht aber nicht bis in die Küche“ (Spiegel Online 8.2.2013). Darüber hinaus wurde kurze Zeit später der antifeministische Hashtag #gegenschrei erzeugt, unter dem sich Tweets finden, die sich offen gegen #aufschrei aussprechen. Somit stellt sich die Frage, inwieweit die Debatte um Sexismus, die im Internet geführt wird, als eine überwiegend feministische Gegenöffentlichkeit gelten kann. Der dargestellte Verlauf der #aufschrei-Kampagne zeigt deutlich, dass das Internet ein diskursiver, aber auch machtgeprägter Raum ist, über dessen Ausgestaltung immer wieder neu verhandelt wird. Das Internet bildet gesellschaftliche Strukturen und Inhalte ab, die im alltäglichen Leben präsent sind, und reproduziert diese, kann diese jedoch auch teilweise aufbrechen. Frauenpolitische und feministische Inhalte sowie Bedeutungen von Geschlecht sind stets umkämpft und müssen immer wieder verteidigt und neu etabliert werden. Die Kampagne und die Reaktionen darauf zeigen, dass auch Twitter einen partizipativen, aber auch widersprüchlichen medialen Raum herstellt, der von strukturellen und diskursiven Ungleichheiten, Brüchen sowie Ausschlüssen durchzogen ist.

Auch innerhalb feministischer Zusammenhänge und von den Initiatorinnen selbst wurde die #aufschrei-Kampagne kritisch diskutiert. Zwar habe das Thema des alltäglichen und strukturellen Sexismus durch #aufschrei einen größeren Bekanntheitsgrad erreicht und die Antidiskriminierungsstelle in Deutschland einen stärkeren Zulauf an Anfragen verzeichnet, allerdings hätten die Massenmedien die Meinungsvielfalt der Twitter-Nachrichten nicht abgebildet, und die Debatte sei mitnichten intersektional abgehandelt worden, so Anne Wizorek in einer Podiumsdiskussion (Kelishadi 2013). Die Debatte um #aufschrei produziert somit Leerstellen, da beispielsweise queere Lebensrealitäten, Heterosexismus und Transphobie nicht thematisiert werden, wie Moderatorin Sonja Eismann in derselben Diskussion anmerkt. Als eine Reaktion auf diese Kritik ist der Hashtag #queeraufschrei entstanden, dessen

Ziel es ist, darauf hinzuweisen, dass der Fokus der medialen Rezeption auf erfolgreichen, weißen sowie der Schönheitsnorm entsprechenden Frauen liegt. Dadurch wird allerdings die Mehrdimensionalität verschiedener Diskriminierungsformen verschleiert. Die Website alltagssexismus.de, die von Nicole von Horst ebenfalls Ende Januar 2013 gegründet wurde, sammelt dementsprechend „Erlebnisse zu Sexismus, Homo-, Queer- und Transfeindlichkeit und zu Rassismus, Klassismus und Ableismus, den Frauen erleben" und trägt damit verschiedenen ineinandergreifenden Diskriminierungsformen Rechnung. #aufschrei stellt dennoch eine gegenöffentliche Intervention in den Diskurs um Sexismus dar, da die #aufschrei-Tweets an der Schnittstelle zu Aktivismus und sozialen Bewegungen in ihr soziales Umfeld, in politische Verhältnisse und in den gesellschaftlichen Status quo eingreifen und darauf abzielen, gesellschaftliche Verhältnisse umzugestalten. #aufschrei zeigt das Ausmaß des alltäglichen Sexismus in der Gesellschaft auf und löste bei vielen Menschen bewusstseinsbildende Momente aus. Dadurch können diese Diskurse ebenfalls Eingang in die hegemoniale Öffentlichkeit finden und so eine breite Öffentlichkeit für feministische Anliegen herstellen. Dieses Projekt ist jedoch nie abgeschlossen und zeigt durch die zahlreichen Gegendiskurse, dass gerade feministische Anliegen immer umkämpft bleiben. Um eine mobilisierende Kraft zu entfalten, ist es also weiterhin notwendig, auf verschiedenen Ebenen von Öffentlichkeit aktiv zu sein. Diese Ebenen umfassen sowohl die Bewegungskultur, also die Netzwerke, Räume und persönlichen Beziehungen der Akteurinnen, als auch die Bewegungsöffentlichkeit, die sich als Gegenöffentlichkeit mit autonomen Kommunikationsstrukturen, Mobilisierungsressourcen und bewegungseigenen Medien konstituiert – mit dem Ziel, die hegemoniale Öffentlichkeit zu erreichen (Wischermann 2003). Wenn vielfältigen Gruppen und Personen eine Stimme verliehen wird und marginalisierte Themen aufgegriffen sowie die verschiedenen Macht- und Dominanzverhältnisse und ineinandergreifende Diskriminierungsformen kritisch hinterfragt werden, haben gegenöffentliche und mediale Interventionen sowie feministische Protestformen wie #aufschrei das Potenzial, nachhaltige Veränderungen in Gesellschaft und Politik zu bewirken.

Anmerkung

1 Diese Zahlen wurden mit Hilfe des Analysetools *Topsy* erstellt (vgl. http://topsy.com).

Literatur

Der Standard, 24.6.2013. #aufschrei gewinnt Grimme Online Award. Internet: derstandard.at/1371170418289/aufschrei-gewinnt-Grimme-Online-Award (05.07.2013).

Fraser, Nancy, 2001: Die halbierte Gerechtigkeit. Frankfurt/M.

Harders, Cilja, 2005: Das Netz als Medium der Politik: Virtuelle Geschlechterverhältnisse zwischen neuen Öffentlichkeiten und alten Spaltungen. In: Kahlert, Heike/Kajatin, Claudia (Hg.):

Arbeit und Vernetzung im Informationszeitalter. Wie neue Technologien die Geschlechterverhältnisse verändern. Frankfurt/M., 215-238.

Kelishadi, Dena, 29.05.2013: Sexismus: More than Meets the Eye. Internet: missy-magazine.de/2013/05/29/sexismus-more-than-meets-the-eye/ (05.07.2013).

Spiegel Online, 8.2.2013: Sexismusdebatte: #Aufschrei führt zu Twitter-Rekord. Internet: www.spiegel.de/netzwelt/web/aufschrei-fuehrt-zu-twitter-rekord-a-882207.html (05.07.2013).

Winker, Gabriele, 2005: E-Empowerment: Vielfalt und Integration frauenpolitischer Aktivitäten im Internet. In: Schachtner, Christina/Winker, Gabriele (Hg.): Virtuelle Räume – neue Öffentlichkeiten. Frauennetze im Internet. Frankfurt/M., 21–30.

Wischermann, Ulla, 2003: Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke, Gegenöffentlichkeiten, Protestinszenierungen. Königstein/Taunus.

Geschlechterverhältnisse im Bereich des Menschenhandels.

EUROSTAT-Studie „Trafficking in human beings" – Die Dimension des Menschenhandels

ANNA HELLMANN

Verlässliche Zahlen, die über die tatsächliche Dimension des Menschenhandels Auskunft geben, sind weder auf nationaler noch internationaler Ebene vorhanden. Verschiedene Definitionen von Menschenhandel sowie unterschiedliche, häufig unklare Berichts- und Datenerfassungsmethoden führen zu stark variierenden Schätzwerten. Auch die kürzlich veröffentlichte EUROSTAT-Studie „Trafficking in human beings" der Europäischen Kommission, die erstmals europaweite Daten im Bereich des Menschenhandels zusammenträgt, bietet kaum Erkenntnis über das tatsächliche Ausmaß von Menschenhandel in Europa bzw. in den einzelnen europäischen Staaten. Die Studie erfasst statistische Daten aus allen 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie aus Kroatien[1], Island, Montenegro, Norwegen, Serbien, der Schweiz und der Türkei. Nach Angaben der Studie wurden für den Zeitraum 2008 bis 2010 mehr als 23.600 identifizierte und mutmaßliche Opfer von Menschenhandel in der EU gezählt (EUROSTAT 2013). Allerdings ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher liegt. So sind beispielsweise die von Deutschland zur Verfügung gestellten Daten ausschließlich der Kriminalstatistik entnommen, die nur die im Rahmen von polizeilichen Ermittlungsverfahren identifizierten Opfer erfasst. Andere Staaten, wie Irland, Spanien und Großbritannien konnten nur für das Jahr 2010 Angaben zur Zahl der Opfer machen. Die Niederlande gab wiederum nur die Zahl mutmaßlicher Opfer an, wohingegen andere Staaten bei ihren Angaben zwi-